

Kommunalpolitisches Programm



erlanger linke

Gutes Leben für alle in Erlangen

Inhalt

| | |
|---|----|
| Leben in Erlangen – sozial gerecht, demokratisch und ökologisch | 2 |
| 1. Mehr Demokratie und Transparenz..... | 3 |
| 2. Soziale Gerechtigkeit für alle – Armut bekämpfen..... | 5 |
| 3. Arbeit ermöglichen – Auskommen sichern | 7 |
| 4. Kampf der kommunalen Verarmung – die Finanzierung der Stadt | 9 |
| 5. Privatisierung stoppen – kommunales Eigentum erhalten..... | 11 |
| 6. Zukunftsweisende Stadtentwicklung – Grenzen des Wachstums..... | 12 |
| 7. Verkehr, Umwelt, Energie – ökologisch und sozial auch in Erlangen!... | 15 |
| 8. Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche | 19 |
| 9. Kinder und Jugend – unsere Zukunft!..... | 21 |
| 10. Politik für unsere älteren Mitbürgerinnen | 23 |
| 11. Politik für Behinderte – gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft und Beruf..... | 25 |
| 12. Bildungspolitik ist mehr als „Standortlogik“ | 26 |
| 13. Frieden in Erlangen – Nazis raus aus Erlangen | 28 |
| 14. Asylrecht solidarisch gestalten – Flüchtlinge nicht ausgrenzen! | 30 |
| 15. Leben statt existieren – Kultur kommt aus der Bevölkerung! | 32 |

Leben in Erlangen – sozial gerecht, demokratisch und ökologisch

Für die meisten Menschen ist Erlangen eine Stadt, in der sie leben und arbeiten, in der sie ihre Kinder großziehen und Freundinnen* haben, in der sie einkaufen, Sport treiben, Kinos, Theater oder Museen besuchen, kurz: Für die meisten Menschen ist Erlangen Lebensraum.

Für einige Menschen hingegen – allerdings sehr wenige – ist Erlangen eine Aktiengesellschaft. Aus deren Blickwinkel ist unsere Stadt nicht Lebensraum, sondern Geschäftsfeld, in dem die Bedingungen für die Profitscheffelei ständig verbessert werden müssen.

Die Stadt wird dominiert von Siemens und Universität. Erlangen ist dadurch eine Stadt mit einem hohen Durchschnittseinkommen geworden. Auch daher

* Zur besseren Lesbarkeit wurde die weibliche Form gewählt, in diesem Wahlprogramm sind jedoch immer alle Geschlechter gemeint. Ausnahmen bilden feststehende Begriffe wie z.B. Bürgersprechstunden. Wo explizit das weibliche Geschlecht angesprochen werden soll, ist dies hervorgehoben.

erhöhen sich die Lebenshaltungskosten ständig, besonders beim Wohnen. Für Menschen mit geringem Einkommen ist das bedrohlich und zunehmend existenzgefährdend.

Verschärfend wirkt sich aus, dass immer wieder zum einseitigen Nutzen von Aktionärinnen oder Institutsdirektorinnen (und nur selten auch von Mitarbeiterinnen) in die Stadtpolitik hineingewirkt wird. Ökologische, soziale oder städtebauliche Grundsätze sind dann schnell vergessen und treten hinter Konzerninteressen zurück.

Die *erlanger linke* dagegen fordert, die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen zum Maßstab der Politik zu machen. Unsere Richtschnur sind die Interessen der Arbeiterinnen und Angestellten, der Erwerbslosen, Sozialhilfeempfängerinnen, der Rentnerinnen, der Kinder und Jugendlichen sowie der Ausgegrenzten.

Wir wollen allen Interessierten, Gewerkschaften, Initiativen und Gruppen unserer Stadt eine Plattform bieten, die eintreten

- für die Verteidigung der Grund- und Menschenrechte und gegen den Abbau von demokratischen Rechten,
- dafür, den Menschen und die Natur über wirtschaftliches Profitstreben zu stellen,
- für eine konsequente Demokratisierung der Kommune, der Wirtschaft und der Gesellschaft,
- für ein selbstbestimmtes Leben für alle jenseits der Armut und für die sichere und gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben,
- gegen die Benachteiligung von Frauen,
- für den Erhalt allen öffentlichen Eigentums und gegen jegliche Privatisierung,
- für die friedliche Lösung von Konflikten und gegen alle Kriegseinsätze,
- gegen Hartz IV, die Agenda 2010 und
- gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Migrantinnen.

Unsere Stadträte wollen und können das eigenständige politische Handeln dieser Bürgerinnen und Gruppen nicht ersetzen, sondern bieten an, ihre politische Arbeit und ihre Kämpfe nach unseren Möglichkeiten im Stadtrat zu unterstützen, indem wir

- die Positionen dieser Bürgerinnen und Gruppen im Stadtrat vertreten,
- sie über betreffende Entwicklungen im Stadtrat informieren und
- mit ihnen unsere Möglichkeiten als Wählervereinigung und als Stadträtinnen teilen.

Wir mussten erfahren, dass unsere Ziele immer mehr mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem in Konflikt kommen. Deshalb verteidigen wir das Recht, diese Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen, in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und auch mit der CDU in ihrem Aalener Programm 1947.

1. Mehr Demokratie und Transparenz

Die Politikverdrossenheit wächst, weil die Bürgerinnen immer mehr das Gefühl haben, zwar bei Wahlen ihr Kreuzchen machen zu dürfen, aber anschließend keinen Einfluss mehr auf das politische

Geschehen haben. Sachkundigen und interessierten Bürgerinnen sollten deshalb mehr Mitberatungsrechte im Stadtrat gegeben und die Arbeit des Stadtrates transparenter gestaltet werden.

Eine erfolgreiche Integration setzt gleiche Rechte und Pflichten für alle Einwohnerinnen voraus. Doch während EU-Bürgerinnen kommunales Wahlrecht besitzen, können sich Migrantinnen aus anderen Staaten nicht einmal an den Kommunalwahlen beteiligen. Selbst dann nicht, wenn sie zum überwiegenden Teil seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Es ist undemokratisch und konterkariert die Maßnahmen zur Integrationsförderung, diesen Bürgerinnen aus Nicht-EU-Staaten nicht über die Gestaltung des kommunalen Lebens entscheiden zu lassen.

Die *erlanger linke* fordert:

- Die Möglichkeit zur Bürgerfragestunde auch in Ausschusssitzungen.
- In einer Bürgerfragestunde sollen auch Beschlussanträge zulässig sein. Auf Antrag einer Stadträtin müssen diese abgestimmt werden.
- Das Abstimmungsverhalten der Stadträtinnen soll in Zukunft protokolliert und veröffentlicht werden. Unsere Stadträtinnen werden für die Veröffentlichung ihres Ab-

- stimmungsverhaltens sorgen.
- In Zukunft sollen Anträge von Stadträtinnen bereits nach Abgabe veröffentlicht werden.
- Die Haushaltsberatungen sollen vollständig öffentlich dokumentiert werden (Sitzungsunterlagen und Abstimmungsverhalten).
- Mehr direkte Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen bei Haushaltsberatungen (z.B. Bürgerhaushalt).
- Aufwertung der Bürgerversammlungen: Verpflichtung zur Behandlung der dort gefassten Beschlüsse im Stadtrat, jährliche Bürgerversammlungen in allen Stadtteilen sowie eine jährliche Bürgerinnenversammlung.
- Das kommunale Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben.
- Abschaffung der Gebühren für nicht kommerzielle Infostände, die der politischen Information dienen.
- Aufhebung der Platz einschränkung bei Infoständen, Kundgebungen und öffentlichen politischen Veranstaltungen. Freie Meinungsäußerung geht vor Kommerzinteressen.

2. Soziale Gerechtigkeit für alle – Armut bekämpfen

Die Schlangen vor der „Erlanger Tafel“ werden immer länger. Bereits 2006 mussten über 2.500 Menschen von der „Erlanger Tafel“ mit kostenfreien Nahrungsmitteln versorgt werden, Tendenz steigend. Dies macht sichtbar, dass Armut in Erlangen zunimmt. Armut ist anzutreffen in Stadt- und Randgebieten ohne gewachsene soziale Strukturen mit großer Bevölkerungsdichte, wie in Büchenbach, Bruck oder im Stadtosten, aber auch in Wohngebieten mit scheinbar intakter sozialer Infrastruktur. Man begegnet ihr in den Warteschlangen vor der „Erlanger Tafel“, in Wärmestuben, Kindergärten, Horten, Schulen, im städtischen Sozialamt – und nicht zuletzt auf der Straße.

Armut in unserer Stadt reduziert sich längst nicht mehr auf Bettlerinnen und Obdachlose. Von Armut betroffene Menschen sind Familien, die trotz Jobs im Niedriglohnbereich häufig auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angewiesen sind. Es sind alleinerziehende Elternteile, Kinder, Jugendliche ohne berufliche Perspektive und alte Menschen. Es sind Frauen, Behinderte und Immigrantinnen.

Wir wollen aber **nicht** „mehr Wohltätigkeit“, wir wollen, dass kein Mensch auf Almosen ange-

wiesen ist. Wir wollen, dass Menschen ein Einkommen haben, das ihnen und ihren Familien ein menschenwürdiges Leben gestattet.

Die Agenda-„**Reformen**“ von SPD, Grüne, FDP sowie CDU/CSU entwürdigen und entrechten nach wie vor Erwerbslose und Erwerbstätige sowie deren Familienangehörige. Rentenkürzungen, grenzenlose Leiharbeit, Befristungsunwesen, Minijobs und besonders Hartz IV bedroht viele mit einem Leben unter der Armutsgrenze. Hartz IV und die 1-Euro-Jobs haben keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Stattdessen werden reguläre Arbeitsplätze durch prekäre Jobs ersetzt. Das angebliche Jobwunder hat nicht stattgefunden, die Arbeitsstunden wurden nur umverteilt und viel schlechter bezahlt. Dies zwingt Menschen auch in unserer Stadt, zu Armutslohnen zu arbeiten und mit Hartz IV aufzustoßen. So werden mit unseren Sozialversicherungsbeiträgen und Steuergeldern profitgierige Unternehmen subventioniert. Damit sollte auch die Streikfähigkeit der gewerkschaftlich organisierten Erwerbstätigen angegriffen und zerstört werden. Erwerbslose Menschen sind nicht dazu da, durch billigste Entlohnung für

ihre Arbeitskraft den Reichtum einzelner zu mehren. Dagegen gilt es sich zu wehren!

Ein menschenwürdiges Leben in unserer Stadt bedeutet kostengünstige Nutzung aller zur Daseinsvorsorge gehörenden kommunalen Einrichtungen. Alle Erlangerinnen müssen sich die Teilnahme an kulturellen und gesellschaftlichen, an sportlichen und Bildungsangeboten leisten können – unabhängig von ihrem Einkommen. Die *erlanger linke* will ein gutes Leben für alle!

Die derzeitige Stadtregierung verhindert genau dies. Sie kennt bei der Preisgestaltung kein Pardon: Ob Bustickets, Gas- und Strompreise, Kindergärtenplätze, Schwimmbäder, Schulbücher usw. – die Abzocke der Bürgerinnen nimmt kein Ende. Es gibt zwar ein paar Ermäßigungen, sie müssen aber einzeln und oft sehr bürokratisch beantragt werden. Es fehlen nach wie vor ein Sozialticket und ein Erlangen-Pass, wie es ihn äquivalent in Nürnberg bereits gibt.

Kein Ende in Sicht ist auch bei den Wartelisten am Wohnungsamt. Bezahlbarer Wohnraum wird immer mehr zur Mangelware, denn sozialer Wohnungsbau findet kaum noch statt. Der Verkauf der landeseigenen GBW-

Wohnungen (früher Siemenswohnungen) mit rund 2.200 Wohnungen in Erlangen an Immobilienspekulantinnen wird diese Wohnungsnot weiter verschärfen.

Die *erlanger linke* fordert

- Großkudentarif der Stadtwerke für alle sofort. Keine Privilegien für die Großunternehmen.
- Keine Strom- und Gasabschaltungen wegen Armut.
- Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (siehe auch Abschnitt 8: Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche).
- Kostenloses Konto bei der Stadtparkasse auch für Menschen ohne Internet.
- Kostenlose Kinderbetreuung in allen Kindereinrichtungen sowie kostenlose Schulspeisung. Diese Kosten muss der Freistaat übernehmen.
- Erlangen-Pass: 90%ige Preisermäßigung bei allen städtischen Einrichtungen, dem ÖPNV und von der Stadt subventionierten Kultureinrichtungen für Bezieherinnen von Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, z.B. derzeit 1.050 € **Nettoeinkommen für Alleinstehende**.
- Die Stadt erstellt ab 2014 jährlich einen Reichtums- und

Armutsbereitschaft, der veröffentlicht wird.

Alle Agenda-„**Reformen**“ müssen zurückgenommen werden! Solange diese unsozialen Gesetze bestehen, fordern wir als Sofohilfen für Betroffene in Erlangen:

- Keine 1-Euro-Jobs, weder bei der Stadt noch anderswo. Stattdessen reguläre, unbefristete Arbeitsplätze für 1-Euro-Jobberinnen zu den Tarifbedingungen des TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst).
- Freiwillige Leistungen in Form einmaliger Beihilfen.
- Hartz IV-Empfängerinnen müssen ihre Wohnungen behalten dürfen. Keine Zwangsumzüge! Menschenwürdiges Wohnen ist Grundrecht!
- Bei der Wohnkostenerstattung muss der Ermessensspielraum von der Stadt voll ausgeschöpft werden.
- Schluss mit den Schikanen für Hartz IV- und Sozialhilfeemp-

fängerinnen. Kein Einsatz von Sozialamtsschnüfflerinnen.

- Nach dem Vorbild des Landkreises Uckermark in Mecklenburg-Vorpommern soll die Stadt Unternehmerinnen auf Schadenersatz verklagen, die mit illegalen Hungerlöhnen zur Aufstockung mit Hartz IV zwingen.
- Ein echtes Sozialticket für den Nahverkehr.
- Sozialberatung und umfassende Aufklärung der Hartz IV-Empfängerinnen über ihre Rechte und Ansprüche durch die Förderung der unabhängigen Sozial- und Arbeitslosenhilfe-Initiativen und Beratungsstellen.
- Die Stadt finanziert eine/n Ombudsmann/-frau mit ausreichendem Budget, der/die den Bürgerinnen hilft, ihre sozialen Rechte durchzusetzen. Diese/r ist an keine Weisung gebunden, berichtet regelmäßig (mind. jährlich) und kann sich jederzeit direkt an den Stadtrat wenden.

3. Arbeit ermöglichen – Auskommen sichern

Arbeit ist ein Menschenrecht. Von ihrer Arbeit müssen die Erlangerinnen anständig leben können. Eine kommunale Beschäftigungspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt,

muss sich daher zum Ziel setzen, Erwerbslosigkeit ebenso zu bekämpfen wie den Niedriglohn und andere entwürdigende Arbeitsverhältnisse. Erwerbslose und Beschäftigte haben gemeinsam

in den Gewerkschaften und Sozialforen Forderungen entwickelt, die für die *erlanger linke* politische Richtschnur sind.

Die *erlanger linke* fordert:

- Die Stadt setzt sich im kommunalen Arbeitgeberverband und anderen Gremien dafür ein, dass es zu keinen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst kommt, sondern durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wie es in der Metallindustrie durch die IG Metall durchgesetzt wurde.
- Unbefristete Arbeitsverträge bei Neueinstellungen bei der Stadt! Außerdem Umwandlung befristeter Arbeitsstellen in unbefristete.
- Keine Leiharbeit, weder in der Stadtverwaltung noch in städtischen Eigenbetrieben und Tochterunternehmen.
- Rekommunalisierung ausgelagerter Arbeitsstellen (z. B. Gebäudereinigung).
- Ausreichende Berücksichtigung älterer Arbeitnehmerinnen bei Einstellungen in städtischen Betrieben sowie 10 % Ausbildungsplätze bei der Stadt.
- Städtische Aufträge nur an Firmen, die sich verpflichten, Tariflöhne zu zahlen (Tarif-treue).
- Die Stadt fördert als Arbeitgeberin Teilzeit- und Auszeiten für Frauen und Männer in gleichem Maße.
- Die Stadt fördert bei der Stadt arbeitende Eltern, die ihren Erziehungsurlaub zu gleichen Teilen nehmen, durch zwei zusätzliche Monate Sonderurlaub für einen bei der Stadt arbeitenden Elternteil und setzt sich über den Städtetag dafür ein, dass dies auch Gesetz wird.
- Die Stadt sorgt für gute Arbeitsbedingungen bei ihren Beschäftigten. Dazu gehört die Verringerung stressbelastender Faktoren wie Lärm, schlechte Arbeitsorganisation usw. Genauso wichtig ist aber auch die Förderung eines guten Arbeitsklimas.
- Wirtschaftsförderung (günstige Grundstücke usw.) nur für private Unternehmen, die gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne (Tariflohn, mind. 10 €/Std.) und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bieten.

Darüber hinaus fordern wir einen Schulabschluss und Ausbildungsplätze für alle:

Es stimmt einfach nicht, dass alle Ausbildungswilligen eine Lehrstelle im gewünschten Beruf fin-

den. Wir können das Gejammer über die angeblich nicht ausbildungsreife Jugend nicht mehr hören. Vor allem die großen Unternehmen bilden viel zu wenig aus und werben stattdessen Ausgelernte von Betrieben ab, die noch ausbilden. Wir fordern nach dem Vorbild der Bauwirtschaft: **„Wer nicht ausbildet, muss zahlen“ und zwar an die, die ausbilden.** Damit dies endlich durchgesetzt werden kann, muss auch die Stadt Erlangen aktiv werden.

Die *erlanger linke* fordert:

- Die Stadt setzt sich dafür ein, dass alle Schulabgängerinnen so gefördert werden, dass sie einen qualifizierten Schulabschluss erreichen. Auch **„Schulabbrecherinnen“** müssen diese Chance bekommen.
- Es gibt kaum noch qualifizierte Umschulungsangebote, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Die Stadt kann und soll über die GGFA gegensteuern.
- Es fehlen auch Weiterbildungsangebote für technische und handwerkliche Berufe. Die Stadt Erlangen bietet in Abstimmung mit den Nachbarstädten eine eigene Meisterausbildung für Handwerk und Industrie an, die kostenfrei für die Teilnehmerinnen ist.
- Die Stadt ergreift die Initiative für die Schaffung eines überbetrieblichen Ausbildungswezens für notwendige, aber im Großraum nicht mehr angebotene Ausbildungsberufe und koordiniert diese mit den Nachbarstädten.

4. Kampf der kommunalen Verarmung – die Finanzierung der Stadt

Wie die meisten Gemeinden, Städte und Landkreise steht auch Erlangen vor riesigen Finanzproblemen. Wegbrechende örtliche Steuern einerseits und geringere Finanzaufweisungen von Bund und Land andererseits prägen das Bild. Die Folgen sind vielfach: Haushalte sind nicht ausgeglichen, den „normalen“ Bürgerin-

nen werden höhere Gebühren, Beiträge und Steuern abverlangt. Die einstige CSU/FDP-Mehrheit im Rathaus veranstaltete Streichkonzerte im Sozialbereich und hat viele Jahre jede Erhöhung der Gewerbesteuer verhindert.

Die *erlanger linke* fordert:

- Rauf mit der Gewerbesteuer auf Münchner Niveau! Erlangen soll nicht Schlusslicht beim Gewerbesteuerhebesatz in der Region bleiben. Große Unternehmen wie Siemens müssen entsprechend ihrer hohen Gewinne am Steueraufkommen beteiligt werden.
- Keine Sonderkonditionen der Stadtwerke für die Erlanger Großbetriebe bei Energie, Entsorgung und Wasserversorgung; keine Sonderkonditionen bei Straßenausbau und Erschließungsgebühren für die Großkonzerne. Wer auf Kosten der Allgemeinheit im Geld schwimmt, soll für die Allgemeinheit entsprechend zahlen.
- Die Stadt Erlangen muss für kommunale Projekte all die Gelder von der EU beantragen, die möglich sind.
- Eine Nahverkehrsabgabe von den Erlanger Betrieben zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Rahmenbedingungen verbessern:

Die Stadt muss sich für die Durchsetzung folgender Forderungen beim Deutschen Städte-tag einsetzen und deren Umset-

zung von den Bundes- und Landespolitikern einfordern.

- Bund und Land müssen die vollen (echten) Kosten übernehmen, wenn der Stadt Erlangen Aufgaben von Land und Bund übertragen werden („**Konnexitätsprinzip**“).
- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung, die jährlich einen Schaden von über 200 Milliarden Euro anrichtet.
- Notwendige Mittel müssen beschafft werden durch Beendigung der gigantischen Aufrüstungsprogramme und weltweiter Militäreinsätze sowie durch schrittweise Abrüstung.
- Eine wirkliche Steuerreform muss Konzerne und Spitzenverdiener wieder angemessen am Steueraufkommen beteiligen. Wiedereinführung der Gewerbekapitalsteuer.
- Schlupflöcher für große Unternehmen bei der Gewerbesteuer schließen, aber die Freibeträge für Handwerkerinnen und kleine Gewerbetreibende verdoppeln.
- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine neue, solide, gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden.

5. Privatisierung stoppen – kommunales Eigentum erhalten

Erlangen ist nicht die einzige Kommune, die in letzter Zeit ihr „Tafelsilber“ verkauft hat. Immer wieder wurden wertvolle Immobilien der Stadt veräußert, darunter das Schloss Atzelsberg oder das Brucker Rathaus. Aktuell drohen der Verkauf des Eggloffstein'schen und des Wildenstein'schen Palais, des Gebäudes der städtischen Musikschule sowie eines Teilbereichs des Frankenhofs (Hallenbad). Außerdem wurden in der Vergangenheit immer wieder städtische Dienstleistungen ganz oder teilweise privatisiert.

Die Privatisierung des städtischen Röthelheimbades konnte 2005 nur mit einem Bürgerbegehren und einem Bürgerentscheid, unterstützt auch von der Gewerkschaft ver.di, verhindert werden. Auch bei den städtischen Eigenbetrieben schleichen sich immer wieder „Private-Public-Partnership“-Projekte (PPP) ein. Ein Beispiel dafür ist die Halle für den städtischen Bauhof. Im Februar 2007 wurde in einer Nacht- und Nebelaktion geplant, den Entwässerungsbetrieb aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in die Aktiengesellschaft Erlanger Stadtwerke einzugliedern. Vor dem Hinter-

grund der Privatisierungstendenzen auf dem bundesweiten Wasser- und Abwassermarkt wäre ein solcher Schritt nicht nur die Verhökering des einnahmeträchtesten Gebührenlieferanten, sondern auch die Voraussetzung für mögliche weitere Vollprivatisierungsschritte durch einen Weiterverkauf.

Die Folgen sind immer weniger Mitwirkungsmöglichkeiten des Stadtrates und der Bürgerinnen-schaft bei der Gestaltung von Gebühren und Preisen. Es gibt immer weniger kulturelle, soziale und bildungspolitische Angebote der Stadt, aber einen weiter zunehmenden Einfluss der Großkonzerne wie Siemens.

Entgegen neoliberalen Wunschen kosten solche Privatisierungen am Ende mehr, als sie Einsparungen erbringen, weil sich Dritte langfristig an lebensnotwendigen Gütern, wie Strom, Energie und Wasser bereichern. Nur die Offenlegung der Geschäftsziele und Bilanzen der öffentlichen Betriebe gewährleistet, dass die öffentliche Daseinsvorsorge für jede in hoher Qualität verfügbar und auch bezahlbar ist.

Die *erlanger linke* fordert:

- Keine weiteren Privatisierungen! Kein weiterer Verkauf von kommunalen Grundstücken und kommunalem Eigentum!
- Das Jugendgästehaus Frankenhof muss erhalten bleiben und wieder Jugendherberge im DJH werden.
- Keine „Private Public Partnership“-Projekte („PPP“)
- Der Stadtrat als höchstes demokratisches Organ muss die politische Kontrolle über das Eigentum der Stadt, d.h. das Eigentum der Erlanger Bürger-

rinnen, behalten. Daher darf geplanten Umwandlungen von städtischen Betrieben in privatrechtliche Betriebsformen nicht zugestimmt werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge (wie Wasser, Energie, Entsorgung, öffentlicher Nahverkehr, städtische Wohnungen, Kindergärten oder städtische Schulen) darf nicht dem privaten Profit und der Konkurrenzlogik der großen Konzerne geopfert werden.

- Rekommunalisierung bereits teil- oder vollprivatisierter Betriebe und Betriebe.

6. Zukunftsweisende Stadtentwicklung – Grenzen des Wachstums

Auf jede Bürgerin Erlangens, vom Säugling bis zur Greisin, kommt rechnerisch ein Arbeitsplatz. Die Folge: Knapp 60.000 Arbeitnehmerinnen fahren (stauen sich) jeden Morgen aus dem Umland in die Stadt, Wohnungen sind knapp und teuer. Gleichzeitig stehen in Fürth und Nürnberg Gewerbeflächen leer, viele Nürnbergerinnen und Fürtherinnen fahren nach Erlangen zur Arbeit.

Diese unausgewogene Entwicklung der Metropolregion ist der „Erfolg“ einer aggressiven Ansiedlungskonkurrenz Erlangens

mit den Nachbarstädten eben dieser Metropolregion. Konkuriert wird mit niedrigeren Gewerbesteuersätzen, aber sicher machte es auch das Parteibuch des bisherigen Oberbürgermeisters leicht, staatlich finanzierte Forschungseinrichtungen bevorzugt nach Erlangen zu bringen. Das ist Kirchturmpolitik statt gemeinsamer Entwicklung der Metropolregion. Der Gipfel dieser Kirchturmpolitik ist der Plan, Nürnberg auch noch die Lehrerinnenausbildung an der Universität wegzunehmen.

Auch für die Bewohnerinnen Erlangens zeigen sich inzwischen die Nachteile dieser Politik, denn **Erlangen stößt an die „Grenzen des Wachstums“**. Wohnungsnot und Verkehrsprobleme sind die Folge. Wenn zehntausende Erlanger Arbeitnehmerinnen keine Wohnung im Stadtgebiet finden, ist klar: Es fehlen zehntausende Wohnungen, deshalb kann jede Miete verlangt werden. Dadurch werden Normalverdienerinnen verdrängt. Es gibt aber kaum noch Flächen im Stadtgebiet, die mit gutem Gewissen für eine Bebauung in Frage kommen. Wo bisher unbebautes Gelände bebaut werden sollte, protestieren die Bürgerinnen (Tennenlohe G6, Exerzierplatz, Frauenaarach Geisberg).

Wir schlagen vor, für Erlangen die **„Grenzen des Wachstums“** wieder zu akzeptieren, wie es in den achtziger Jahren schon einmal ein Oberbürgermeister getan hat. Unsere Stadt muss in Zukunft partnerschaftlich mit Nürnberg und Fürth zusammen planen, wo in der Region welche Ansiedlungen noch sinnvoll sind. Das Rosinenpicken muss aufhören.

Kurzfristig hilft in Erlangen gegen steigende Wohnungsnot und den drohenden Verkehrskollaps nur ein Ende des Wachstums in der Summe für Gewerbe, Universität

und Forschungseinrichtungen. Interessentinnen für neue Ansiedlung sollten in Kooperation vor allem mit Nürnberg und Fürth vermittelt werden. Die Gewerbeflächen verdrängen außerdem die landwirtschaftlichen Betriebe am Erlanger Stadtrand. In Erlangen gilt es langfristig, die bestehende Monostruktur (Siemens und Universität) aufzubrechen und einen höheren Anteil von gewerblichen Arbeitsplätzen zu schaffen.

Soweit die Bebauung neuer Flächen überhaupt noch verantwortbar ist, kommt wegen des Flächenbedarfs nur noch großzügiger Geschosswohnungsbau in Frage, statt flächenfressender enger Reihenhausbebauung (siehe auch Kapitel 7: Verkehr, Umwelt Energie – Ökologisch und sozial auch in Erlangen und Kapitel 8: Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche).

Wir können die Folgen des Projekts **„Siemens-Campus“** für die Menschen in Erlangen heute noch gar nicht übersehen. Der Umzug von Siemens löst einen **„Umbau der Stadt“** aus, der z. B. zum Verlust lebendiger Mischstrukturen führen kann. Die Stadtverwaltung muss bei dieser großen Planung gegenüber Siemens die Interessen der Bewohnerinnen der Stadt wahren. Für

Siemens wird der „Campus“ ein gutes Geschäft, weil der Wert des Grundstückes durch die Wohnbebauung und die dichtere Bebauung stark ansteigen wird. Schon deshalb sehen wir keinen Grund für „Gastgeschenke“ wie eine niedrigere Gewerbesteuer.

Die *erlanger linke* fordert:

- Keine Realisierung von neuen Gewerbegebieten innerhalb der engen Stadtgrenzen von Erlangen mehr.
- Landwirtschaft muss in Erlangen auch in Zukunft möglich sein.
- Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe (von außerhalb nach Erlangen) nur noch, wenn sich dadurch die Zahl der Erwerbslosen in Erlangen reduziert und die Zahl der Einpendlerinnen nicht merklich erhöht.
- Erwartete Steuereinnahmen dürfen kein Maßstab mehr für Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung sein. Die Städte und Landkreise in der „Metropolregion Nürnberg“ müssen intensiv zusammenarbeiten mit der alleinigen Zielvorgabe: Die für das Leben der Menschen und Tiere in der Region nötige Wirtschaftstätigkeit und Verkehrsdienstleistung muss so bereitgestellt werden, dass Schäden am Ökosystem soweit wie

- möglich vermieden werden.
- Über den Städtetag soll ein Gesetz angeregt werden, welches Gemeinden und Landkreise zu einer konstruktiven und uneigennütigen Zusammenarbeit verpflichtet.
- Die Verkehrsprobleme müssen an der Quelle bekämpft werden, also durch eine Regionalplanung, die es den Menschen erlaubt, in der Stadt zu wohnen, in der sie arbeiten.
- Keinerlei Bebauung auf der für Natur und Anwohnerinnen wichtigen Freifläche „südlicher Exerzierplatz“. Das gilt auch für die unter dem Deckmantel des Schulsports geplante Handballhalle mit 2.500 Zuschauerplätzen. Wo eine Schule noch eine Sporthalle benötigt, soll diese direkt an der Schule gebaut werden.

7. Verkehr, Umwelt, Energie – ökologisch und sozial auch in Erlangen!

Es gibt viele Gegenden in Erlangen, in denen zu wohnen eine Gefahr für die Gesundheit darstellt. Es gibt andere Orte in der Stadt, die jedes großstädtische Flair vermissen lassen. Beide Problemfelder wurden von einer konsum- und autofreundlichen Stadtentwicklungspolitik verursacht, die nur wenig mit ganzheitlichen Bedürfnissen von Menschen zu tun hat.

Die unkontrollierte neoliberale Marktwirtschaft, wie sie seit einigen Jahrzehnten propagiert wird, führt zur fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie erlaubt es egoistischen, mit Macht ausgestatteten Menschen, fast beliebig viele Schätze der Natur und die Arbeitskraft von abhängig beschäftigten Menschen in persönlichen Reichtum umzuwandeln. In der neoliberalen Marktwirtschaft ist keine Gegenmacht vorgesehen, welche solche Gewinne abschöpfen würde, um Daseinsvorsorge für alle und für die noch kommenden Generationen zu treffen.

Die *erlanger linke* dagegen macht die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen und Tiere zum Maßstab

ihrer Politik. Kurz gesagt: Sie verfolgt eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit. Sie betreibt diese Politik von der Basis, dem Zusammenleben in der Stadt, her. Ihre eigenen Aktivitäten beschränken sich auf die Stadt Erlangen und das einbezogene Umland. Erkennt sie dabei Missstände, die auch überörtliches Gegensteuern erfordern, tritt sie mit Forderungen an die Parteien und die Öffentlichkeit heran.

Die *erlanger linke* fordert:

- Vermeidung unnötiger Versiegelung der natürlichen Erdoberfläche.

Das bedeutet konkret:

- Vorrang von großzügigem Geschosswohnungsbau vor anderen Häuserformen.
- Fertigung, Lagerung und Verkauf im Gewerbe vorrangig in Geschossbauten; Vermeidung von großflächigen Hallenbauten.
- Keine Neubauten und Verbreiterungen von Straßen mehr (abgesehen von reinen Zufahrtswegen zu neuen Wohnhäusern und Betrie-

ben/Kliniken).

- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.
 - Vorrangige Wiedernutzung von Stadtbrachen und Baulücken statt großflächiger Neuausweisungen in abgelegener Stadtrandlage.
- Sparsamer Umgang mit nicht erneuerbaren Rohstoffen und Energieträgern.

Das bedeutet konkret:

- Städtische Förderung optimaler Wärmedämmung für alle Gebäude.
 - Nutzung erneuerbarer Energieträger in größtmöglichem Umfang; keine Behinderung der Solarenergienutzung *durch* „stadtbildgestalterische“ Vorbehalte.
 - Förderung des Einsatzes intelligenter Heizungstechnik, auch für regenerative Energieträger, durch Ausbau der städtischen Energieberatung.
 - Kampf gegen die autoritäre und rechtswidrige Windenergie-Verhinderungspolitik von Ministerpräsident Seehofer.
- Weg vom Auto – hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln in der Stadt (Schiene, Bus, Fahrrad).

Das bedeutet konkret:

- Der z.Z. in Arbeit befindliche „*Verkehrsentwicklungsplan Erlangen*“ darf keine weiteren Erleichterungen für den Kfz-Verkehr mehr vorsehen, stattdessen die *weitmöglichste Förderung des „Umweltverbundes“ (öffentl. Nahverkehr, Radfahren, Zu-Fuß-Gehen)*.
- Die Erschließung des gesamten Stadtgebietes und der Umlandgemeinden durch die Stadt-Umland-Bahn (StUB) und die S-Bahn zu Sozialtarifen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden der umliegenden Landkreise.
- Attraktive Fahrplangestaltung, soziale Tarife, dichtes Haltestellennetz und Vorrangschaltungen bei Verkehrsampeln für Schiene (StUB) und Bus.
- Preissenkungen beim ÖPNV sofort für alle, wobei finanziell benachteiligte Bürgerinnen mit dem Erlangen-Pass ermäßigt fahren dürfen.
- Innerstädtische kostenlose öffentliche Kleinbusse im 15-Minuten-Takt.
- Anschaffung attraktiver Züge und Busse, mit Einstiegshilfen für Behinderte und Kinderwagen.
- Mehr Fahrradstraßen (Vorfahrt der Radfahrer vor dem motorisierten Verkehr). Stra-

Benbegleitende Radwege auf gleicher Ebene mit der Kfz-Fahrbahn, insbesondere an Kreisverkehren und Ampeln (sind sicherer!). Großzügiger automatischer Grünphasen-Vorlauf für Radfahrer und Fußgänger an Ampeln. Wartezeiten für Radfahrer und Fußgänger kürzer als für Motorfahrzeuge.

- Optimaler Ausbau und beste Instandhaltung der Rad- und Fußwege. Regelmäßige Kontrolle auf Unebenheiten. Voraussetzung: Die Finanzausstattung muss mindestens dem Autostraßenbau entsprechen.
- Erleichterung des Fahrradfahrens aus dem Umland nach Erlangen durch Bau eines Netzes von Fahrrad-schnellwegen (Vorschlag des ADFC).
- Keine neuen öffentlichen Parkplatzbauten mehr.
- Unterstützung der sozialen Autotausch-*Initiative* „*Car-Sharing Erlangen e.V.*“
- Keine neuen Straßen und Schienenwege inmitten des Landschaftsschutzgebiets Regnitztal mehr, also: keine Korbacher Brücke, kein Hütendorfer Damm; die Trassen der Stadt-Umland-Bahn in den Stadtwesten müssen mit bestehenden Talquerungen gebündelt werden.

- Reduzierung der Lärmbelastung.

Das heißt konkret:

- Kampf gegen die widersinnige Vorschrift des Bundes, dass Lärmschutz nur gebaut werden darf, wenn eine Straße oder Bahnstrecke ausgebaut wird, wodurch sie ja erst für mehr Lärmerzeugung sorgt.
- Lärmschutz an allen Autobahnen und Bahnstrecken im Stadtgebiet. Nachts ab 22 Uhr darf auf dem Frankenschnellweg (A73) nicht schneller als Tempo 60 gefahren werden, Die Geschwindigkeitsbegrenzung muss durch stationäre Radarkontrollen durchgesetzt werden. Ebenso muss auf der B4 ab Südkreuzung bis Stadtgrenze Nürnberg das Tempolimit von 100 auf 60 km/h reduziert werden. Dies ist kurzfristig und kostendeckend machbar.
- Mehr (Güter-)Zugverkehr durch Erlangen erst nach dem Bau eines durchgehenden Eisenbahntunnels.
- Sperrung von Wohnstraßen und Straßen im Klinikbereich für den motorisierten Durchgangs- und Individualverkehr.
- Heraushalten des Kfz-Verkehrs aus der Altstadt

durch die bereits fertig geplante Umfahungsstrecke mit Leitsystem, das "Erlanger U". Einbringen des „Erlanger U“ in den z.Z. neu erarbeiteten Verkehrsentwicklungsplan und baldmöglichst Stadtratsbeschlüsse zum Bau.

- Verlegung der Abflugstrecken vom Flughafen Nürnberg in das dünn besiedelte Umland.
 - Festlegen einer verbindlichen Mindestflughöhe von 5000 m für Verkehrsflugzeuge über dem Stadtgebiet.
 - Nachtflugverbot auch am Nürnberger Flughafen, wie es an fast allen anderen deutschen Flughäfen bereits besteht.
- Sparsamer und sorgfältiger Umgang mit den Lebensmitteln Wasser und Frischluft.

Das bedeutet konkret:

- Keine Eingriffe in den Bannwald mehr.
- Keine Straßen in Wasserschutzgebieten.
- Keine Bautätigkeit im Regnitztal, erst recht nicht auf Regnitzinseln.
- Angemessene jährliche Investitionssumme im städtischen Haushalt zur Sanierung und Instandhaltung des

Kanalnetzes.

- Keine Privatisierungen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung, auch nicht teilweise.
 - Förderung der ausgedehnten Nutzung des Regenwassers zu Reinigungszwecken, zur Toilettenspülung und zur Bewässerung von Pflanzen.
 - Vorrang der Versickerung von Regenwasser, vor der Einleitung in die Kanalisation.
- Schutz der biologischen Vielfalt und der Erholungsfunktion der Natur.

Das bedeutet konkret:

- Ausweisung genügend vieler und genügend großer Naturschutzgebiete, Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (Lebensräume für Pflanzen und Tiere unter EU-Schutz) und Landschaftsschutzgebiete.
- Vernetzung der Schutzgebiete durch breite, von Wildtieren leicht und ungestört begehbare Grünzüge.
- Bewirtschaftung der Naturräume nach ökologischen und nicht nach profitwirtschaftlichen Kriterien. Einsatz beim Städtetag und bei der bayerischen Staatsregierung für die Rückgängigmachung der Forstreform.

8. Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche

Eine Wende in der fatalen Stadtentwicklungspolitik in Erlangen ist überfällig. Die bisherige Stadtentwicklung hatte zur Folge, dass viele Menschen in die Vororte und Umlandgemeinden abwanderten. Dieser Effekt war so stark, dass die Mieten im Umland heutzutage fast genauso hoch sind wie in der Stadt.

In Erlangen ist der soziale Wohnungsbau weitgehend zum Erliegen gekommen. Der Mietwohnungsbau insgesamt stagnierte und hielt mit dem steigenden Bedarf in keiner Weise Schritt.

„Marktkonform“ folgte darauf in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg der Mietpreise, trotz zusätzlicher Wohnbebauung im Röthelheimpark und in Büchenbach-West. Dies macht das Leben für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen zu einem täglichen Existenzkampf. Davon sind nicht zuletzt die fast 30.000 Studierenden betroffen. Erlangen ist in Bayern die zweitteuerste Stadt beim Wohnen. Darüber hinaus wird der schwarz-gelbe Betrug an den GBW-Mieterinnen die Wohnungssituation in Erlangen weiter anheizen. Die *erlanger linke* steht an der Seite der GBW-Mieterinnen. Eine Verteue-

rung der Mieten gilt es zu verhindern.

Angesichts dessen wird heute weithin anerkannt, dass die Entwicklung von Wohngebieten in den vergangenen zehn Jahren die Interessen zahlungskräftiger Hauskäufer zu sehr berücksichtigt und die Bedürfnisse der Mieterinnen ignoriert hat. Daraus folgende Fehlplanungen haben schon viele Entwicklungsmöglichkeiten für sehr lange Zeit blockiert, Deshalb ist es nun dringlich geworden, das politische Steuerruder herumzureißen.

Städteplanerische Einfallslosigkeit, getrieben von dem Kosteneinsparungsbestreben der Bau-träger, lässt auch viele neue Wohngebiete tristlos erscheinen.

Die *erlanger linke* fordert:

- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere bei der GeWoBau.
- Kein Abriss von sanierbaren GeWoBau-Wohnungen, sondern Renovierung.
- Im sozialen Wohnungsbau muss die GeWoBau ihre Bau- und Sanierungsplanungen am tatsächlichen Bedarf der Mie-

terinnen und Wohnungssuchenden orientieren.

- Förderung von Wohnungsbau-genossenschaften.
- Keine Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbereich.
- Alternative Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser mit Gemeinschaftseinrichtungen müssen im sozialen Wohnungsbau gefördert werden.
- Der Bau von frei finanziertem, aber preiswertem Wohnraum ist ebenfalls zu fördern. Einfache Wohnungen mit günstigen Mieten dürfen nicht **„teuersaniert“** werden. Bei privaten Vermieterinnen kann dies mit Milieuschutzsätzen vermieden werden.
- Milieuschutzsätzen für alle GBW-Wohnungen, um die Vertreibung der eingesessenen Bewohnerinnen durch mieterhöhende **„Aufwertungsmaßnahmen“** zu erschweren.
- Schluss mit dem Neubau der **„Schuhschachtelreihenhäuser“**. Das ist Flächenverschwendung zum Wucherpreis.
- **„Nachverdichtungen“** in bestehenden Wohngebieten dürfen nur äußerst vorsichtig und mit Zustimmung der dort bereits lebenden Bewohnerinnen durchgeführt werden. Langjährigen Mieterinnen sind bei solchen Eingriffen vergleich-

bare Rechtsmittel zur Verfügung zu stellen wie Wohnungseigentümerinnen.

- Erlangen muss wieder vielfältig werden: Jungen und Alten, Singles und Familien, **„Erlanger Urgesteinen“** und Zugewanderten muss es möglich sein, in einem Viertel zu wohnen, zu leben, einzukaufen und gemeinsam kulturell und sozial aktiv zu werden. Das soll durch städtebauliche Maßnahmen unterstützt werden.
- Ungenutzte Gewerberäume, vor allem im innenstadtnahen Bereich, sollen zu qualitativ gutem Wohnraum umgewidmet und umgebaut werden. Das kommt besonders einkommensschwachen Menschen oder kinderreichen Familien zu gute.
- Die städtischen Verfügungswohnungen sind vollständig mit Bädern und Zentralheizungen auszustatten.
- Flüchtlingen und allen Menschen – auch wenn sie nur zeitweise in Erlangen leben und arbeiten – sind menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen. Die Stadtpolitik muss auf die Landkreise einwirken, dass diese hierbei einen solidarischen Beitrag leisten, entsprechend deren guter Finanzlage und erheblich größerer Flächenreserven.

9. Kinder und Jugend – unsere Zukunft!

Heute ist die Gründung einer Familie ein großes Armutsrisiko. Ursache ist häufig erzwungene Erwerbslosigkeit der Eltern in Verbindung mit fehlenden kostengünstigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Aufgrund der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen erleben auch Familien finanzielle Not. Durch fehlende oder mangelhafte Freizeiteinrichtungen oder durch Armut haben viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt denkbar schlechte Lebensbedingungen.

Spielplätze vergammeln und fallen dem Vandalismus anheim, sie sind nicht mehr attraktiv und sicher – vor allem für Familien mit kleinen Kindern. Während auf den Spiel- und Bolzplätzen strenge Lärmschutzbestimmungen gelten, darf der Verkehr auf der Straße Tag und Nacht brausen und tosen. Auf vielen Plätzen ist das Spielen von Kindern oder ein ungezwungener Aufenthalt von Jugendlichen nicht mehr möglich. **So stützt sich die „Suchtprävention“ durch die Stadt nur auf generalisierte Verbote und Polizeimaßnahmen. Anreize und Möglichkeiten zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung werden von der Stadt kaum angeboten oder**

zusammengestrichen.

Die *erlanger linke* fordert:

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel Stadtteil-Jugendparlamente mit Vorschlags- und Rede-recht im Stadtrat.
- Information, Förderung und Umsetzung der Kinderrechte nach der UN-Kinderrechtekonvention.
- Die Stadt muss ihre Verantwortung für Jugendliche ernst nehmen. Hierzu gehört die Übernahme der Miete für Jugendhäuser, Schaffung von Stellen für Sozialarbeiterinnen und die Neugründung eines Jugendhauses in der Erlanger Stadtmitte.
- Wohnortnahe attraktive Spielplätze, Stadtteil-Freizeitzentren und Jugendclubs.
- Fortführung der Ferienprogramme für Kinder und Jugendliche. Das „Kinderland“ im Frankenhof muss weiterhin durchgeführt werden.
- Abenteuerspielplätze wie in Bruck und Büchenbach sollen in allen Stadtteilen entstehen.
- Die Stadt muss die öffentlichen Spielplätze, Bolzplätze

und Skateparks regelmäßig in kürzeren Abständen warten, renovieren und auch neue Anlagen schaffen.

- Die Stadt soll die Jugendfarm bedarfsdeckend fördern und sicherstellen, dass Kinder deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen, kostenfrei die Angebote der Jugendfarm nutzen können.
- Die Stadt soll Freizeiteinrichtungen für alle Generationen mit guter Personalausstattung und Hilfs- und Beratungsangeboten in jedem Stadtteil schaffen.
- Erlangens Kinder und Jugendliche brauchen mehr kostenlose Freizeitangebote.
- Verdoppelung der Jugendleiterinnenpauschale.
- Übernahme der Vereinsbeiträge für Kinder und Jugendliche von finanziell benachteiligten Familien (Nettoeinkommengrenze z.Z. 1.050 € für Alleinstehende)
- Kindertagesstätten, Kindergärten und Jugendclubs müssen auf die speziellen Belange von ausländischen Kindern und Jugendlichen eingehen, um deren Integration zu fördern. Dies soll durch den Ab-

bau von Sprachbarrieren mit Hilfe von Angeboten in der deutschen und der jeweiligen Muttersprache unterstützt werden.

- Kinderkrippen, Kindergärten und Horte müssen wohnortnah und bedarfsgerecht ausgebaut und kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und alle Materialien (auch für Atlanten, Taschenrechner, Kopien usw.).
- Kostenloses Mittagessen für Kinder von Eltern, deren Nettoeinkommen unter 1.050 € monatlich für Alleinstehende liegt.
- Die Übernahme der Schülerinnenbeförderung auch für Gymnasiastinnen der Oberstufe, Berufsfach- und Wirtschaftsschülerinnen ab Jahrgangsstufe 11, Fachschülerinnen, Berufsoberschülerinnen und Teilzeit-Berufsschülerinnen.
- Weitergabe der finanziellen staatlichen Förderung an freie, gemeinnützige Träger laut dem Kinderbetreuungsförderungsgesetz, wie von kleineren Gemeinden im Landkreis umgesetzt.

10. Politik für unsere älteren Mitbürgerinnen

Die *erlanger linke* setzt sich für die ältere Generation ebenso ein wie für Kinder und Jugendliche. Der letzte Lebensabschnitt darf nicht zur Armutsfalle werden!

Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt und die Menschen sind bis ins hohe Alter noch rüstig. Kulturelle und Bildungsangebote spielen für Seniorinnen eine große Rolle. Sie dürfen nicht als Kostenfaktor in der Gesellschaft betrachtet werden, sondern sind eine unverzichtbare Quelle von Erfahrungen und Wissen. In Zukunft werden sie wegen des demografischen Wandels eine noch wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnehmen, weshalb ihnen stärkere Selbst- und Mitbestimmungsrechte zukommen müssen.

Ein selbstbestimmtes Leben hat für uns oberste Priorität. Wer nicht mehr für sich selbst sorgen kann, sollte unabhängig von seiner finanziellen Lage die Wahl haben, zu entscheiden, ob sie zu Hause oder in einem Heim gepflegt werden möchte. Nach wie vor möchten ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, werden aber oft gegen ihren Willen in ein Heim abgeschoben. Die häusliche Versorgung und Pflege muss deshalb nachhaltig

verbessert werden. Der Ausgrenzung der Seniorinnen aus der Gesellschaft ist entgegenzuwirken, ihre Würde zu wahren, ihre optimale Versorgung zu sichern

Die meisten älteren Menschen wohnen zu Hause in normalen Wohnungen, wo sie auch bleiben wollen, um so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt zu leben und dabei soziale Kontakte zu pflegen. Nicht selten müssen sich ältere Menschen aber für einen Umzug in eine andere Wohnung oder in ein Pflegeheim entscheiden, weil ihre Wohnung nicht behindertengerecht ausgestattet ist, was ihnen die Alltagsbewältigung erschwert oder gar unmöglich macht. Deshalb sollten kombinierte Wohn- und Betreuungsangebote wie Service-Wohnen, Seniorenwohnanlagen und auch betreutes Wohnen zu Hause zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch ein Ausbau der Pflegestützpunkte. Älteren ausländischen Mitbürgerinnen, die ihren Lebensabend zunehmend in unserem Land verbringen, muss der gleichberechtigte Zugang zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen durch kultursensible Altenhilfe gewährleistet werden.

Die ambulante Versorgungslücke nach einer Behandlung im Krankenhaus muss dringend geschlossen werden. Der uneingeschränkte Zugang älterer Menschen zu ärztlicher Behandlung und Betreuung, verbunden mit angemessener, psychosozialer Beratung und Zuwendung, muss gesichert sein.

Viele ältere Menschen sind in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt. Immer mehr Seniorinnen sind auf Gehhilfen, Rollatoren oder Rollstühle angewiesen. Unebene Pflasterungen, fehlende Gehsteigabsenkungen, fehlende Treppengeländer, zu kurze Grünphasen an Ampeln und schlechte Beleuchtung des öffentlichen Raumes erschweren die Mobilität.

Viele Alten- und Pflegeheimplätze in Erlangen werden von privaten Trägern angeboten. Wir lehnen jedes Profitstreben auf Kosten von älteren Menschen ab und wollen solche Altenheime in öffentlicher oder gemeinnütziger Trägerschaft sehen.

Die *erlanger linke* fordert:

- Ausbau der Bildungsangebote nach dem Vorbild des Seniorennetzes.
- Ermäßigte, sozial gerechte Kursgebühr bei der VHS.
- Eine seniorinnengerechte Infrastruktur in jedem Stadtteil, da viele ältere Menschen nicht mehr so mobil sind: Nahversorgung in Laufweite, Fahrdienste mit VGN-Tarif, Einkaufsmöglichkeiten, Stadtteilzentren als Treffpunkte für die Geselligkeit.
- Seniorinnengerechtes Bauen und Wohnen, insbesondere bei der GeWoBau. Alle Bau-träger sollen dazu verpflichtet werden, mindestens 30 % der Wohnungen barrierefrei bzw. seniorinnengerecht zu erstellen.
- Barrierefreie Gestaltung von Straßen und Gehwegen, abgesenkte Bordsteinkanten sowie mehr Sitzgelegenheiten (Bänke) in der Fußgängerzone und an öffentlichen Plätzen.
- Ausreichende, kostenlose öffentliche Toiletten.
- Ausreichend lange Grünphasen an Verkehrsampeln.
- Gute Beleuchtung von Straßen und Plätzen.
- Barrierefreien Zugang zu allen Gebäuden.
- Förderung von Selbsthilfe-wohnprojekten und Wohngemeinschaften für Seniorinnen, um die Eigenständigkeit Alleinstehender im Alter erhalten zu können, z.B. „Olga“, „anders wohnen“, „Mehrgenerationenhaus“ etc.
- Wohnortnahe Pflegeplätze.

- Ausbau der häuslichen und ambulanten Pflege, z.B. Tagespflege für an Demenz erkrankte Seniorinnen.
- Die Stadt muss alle Rentenkürzungen ablehnen. Sie tritt ein für eine Rente spätestens mit 65.
- Wer bei der Stadt mit tariflicher Altersteilzeit früher aus dem Berufsleben ausscheiden will, um damit Arbeitsplätze für jüngere Kolleginnen freizumachen, soll dazu stets die Möglichkeit haben. Die Stadt Erlangen tritt für die Wiedereinführung der Förderung der Altersteilzeit ein, wie es sie bis 2009 gab.
- Wirksame öffentliche Kontrolle in Heimen und häuslicher Pflege auf Grundlage eines Landesgesetzes zur Qualitätssicherung in der Altenpflege mit verbindlichen Standards.
- Mehr und gut ausgebildetes Personal in allen Pflegebereichen.
- Ein Landesgesetz, das sicherstellt, dass ältere und behinderte Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben können, Betreuung und Unterstützung erhalten und dass Obdachlosigkeit verhindert wird.
- Informationen für ältere Menschen über die ihnen zustehenden Leistungen und Hilfen. Es darf nicht sein, dass Menschen aus Unkenntnis nicht erhalten, was ihnen rechtlich zusteht.

11. Politik für Behinderte – gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft und Beruf

Die volle und gleichberechtigte Integration in Gesellschaft und Beruf von Menschen mit Behinderung steht in der Bayerischen Verfassung. Die Realität hinkt aber den seit 2002 geltenden Behindertengleichstellungsgesetzen hinterher.

Die Integration von Behinderten bedeutet den Vorrang von Rehabilitationsmaßnahmen und ambulanter Hilfe vor Pflege im Heim.

So bleiben die Behinderten soweit wie möglich selbstständig.

In Erlangen kümmern sich zwar die städtische Behindertenbeauftragte sowie der Integrationsfachdienst „ACCESS-Integrationsbegleitung“ um Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben. Es sind aber noch viele Maßnahmen nötig. Zum Beispiel müssen den Arbeitgeberinnen stärker als bisher ihre Pflich-

ten, aber auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur Integration von behinderten Beschäftigten aufgezeigt werden.

Die *erlanger linke* fordert:

- Zusammen mit den Behindertenverbänden wird die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt gegenüber Arbeitgeberinnen und Behinderten über die Chancen und gesetzlichen Hilfsmöglichkeiten bei Neueinstellungen und der Gestaltung von Arbeitsplätzen forciert.
- Stellenbörsen in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden, Arbeitgeberinnen, ihren Kammern und den Gewerkschaften werden eingerichtet.
- Eine weitere Schwerbehindertenvertreterin ist bei der Stadt zur Vertretung der Interessen der städtischen schwerbehinderten Beschäftigten freizustellen.
- Es sind genügend barrierefreie und geeignete Sozialwohnungen für Behinderte und Wohngruppen von Behinderten zu schaffen.
- In Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden ist ein Bedarfsplan zu erstellen, damit genügend Betreuerinnen eingestellt werden können.
- Selbsthilfegruppen und Therapieangebote sind zu fördern.

12. Bildungspolitik ist mehr als „Standortlogik“

Bildung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Bildung ist **ein Menschenrecht**. „Das Recht auf Bildung ist nicht nur ein eigenständiges Menschenrecht, sondern auch ein zentrales Instrument, um den Menschenrechten zur Geltung zu verhelfen“ (Zitat: Deutsches Institut für Menschenrechte). Für die *erlanger linke* sind Bildung und Ausbildung unabdingbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss deshalb von

Anfang an kostenlos sein und beruflich notwendige Qualifizierungen für Erwerbslose einschließen. Durch ein hohes Bildungsniveau tragen wir zu einem guten Lebensstandard bei.

Das Erreichen von Bildungszielen beugt Vereinsamung, Gewalt und Sucht vor. Damit werden junge Menschen in die Lage versetzt, Perspektiven zu entwickeln.

Bildungsziele sollten u.a. sein:

- Lernen von Zusammenhängen anstelle von Detailwissen.
- Förderung des Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls.
- Förderung der Ausdrucksfähigkeit in Wort und Schrift und damit auch der Denkfähigkeit.
- Förderung von Kritikfähigkeit.
- Förderung der Kommunikationsfähigkeit.
- Förderung des demokratischen Denkens und eine politische Bildung.
- Förderung der Konfliktfähigkeit.
- Förderung der sozialen Kompetenz: Eigeninitiative, Teamfähigkeit.
- Förderung des kreativen Potentials in Kunst, Musik und Kultur.
- Förderung der technischen Intelligenz.
- Förderung der handwerklichen Intelligenz.
- Förderung der Beweglichkeit in Sport und Spiel.
- Förderung des Umweltbewusstseins.

Verschiedene Studien belegen: Bei uns hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern ab. Es ist ein Skandal, dass 10 % der Jugendlichen ohne Schulabschluss sind, dass 87 %

der Akademikerinnenkinder studieren, aber nur 17 % der Arbeiterinnenkinder, und dass zwei Drittel aller Schülerinnen an bayerischen Gymnasien Nachhilfe brauchen, die sich nur Wohlhabende leisten können. Damit sich die Kinder und Jugendlichen wirklich ernst und angenommen fühlen, brauchen sie gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Alter.

Die *erlanger linke* fordert:

- Mehr Personal für alle städtischen Bildungseinrichtungen: Das sind städtische Kinderkrippen, Kindergärten, Lernstuben, Horte, die VHS und stadteigene Schulen.
- Sanierung aller Schulen und Bildungseinrichtungen in Erlangen.
- Eine Kommunalpolitik, die den schlimmsten Auswüchsen bayerischer Schulpolitik entgegenwirkt. Das bedeutet, dass die Stadt Erlangen sich dafür einsetzt, dass alle Kinder bis zur 10. Klasse in eine gemeinsame Schule gehen, damit die einzelnen Schülerinnen besser gefördert werden können und möglichst alle Schülerinnen die Schule mit einem qualifizierten Abschluss verlassen.
- Förderung von Inklusion.
- Ausbau der Mittags- und

Hausaufgabenbetreuung an den Schulen, wobei die Finanzierung vom bayerischen Staat einzufordern ist (Konnexitätsprinzip: Wer vorschreibt, muss zahlen).

- Nach finnischem Vorbild muss in den Schulklassen eine zusätzliche, von der Stadt finanzierte Pädagogin einzelne Schülerinnen oder Gruppen fördern.
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Gruppen von 24 Kindern in Kindergärten und -horten müssen von drei anstatt bisher zwei Kräften betreut werden, also von einer Erzieherin und zwei Kinderpflegerinnen.
- Ausreichend wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze, insbesondere in den wachsenden

Stadtteilen.

- An der Volkshochschule (VHS) 1-Euro-Kurse für alle Geringverdienende **unter 1050 € netto** für Alleinstehende mit dem Erlangen-Pass. Die Stadt muss der VHS die Ausfallkosten erstatten.
- Ausreichend hohe Zuschüsse der Stadt für die VHS, um ein qualitativ hochwertiges Kursangebot anbieten zu können.
- VHS-Dozierendenhonorare sind auf das Niveau von Lehrerinnen-Entgelten anzuheben, in einem ersten Schritt **auf mindestens 30 € pro Kursstunde plus Arbeitgeberinnenanteil zur Sozialversicherung**.
- Einführung eines Semestertickets.

13. Frieden in Erlangen – Nazis raus aus Erlangen

Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit werden völkerrechtswidrige Militäreinsätze durchgepeitscht und der Rüstungshaushalt immer weiter aufgebläht. Für die offensichtlich gewordenen Kriegsverbrechen der US-Armee werden Luftraum und Flugplätze sowie großflächige Areale zu Truppenübungszwecken zur Verfügung gestellt. Die Region Mittelfranken ist besonders betroffen: mit dem militärischen Ausbau von Grafenwöhr

und des Nürnberger Flughafens, dem auch fürs Militär geplanten Autobahnzubringer durch den Reichswald, aber auch durch den Ausbau der Katterbach-Kaserne in Ansbach.

Ebenfalls auf örtlicher Ebene angekommen ist die zivilmilitärische Zusammenarbeit. Unter dem Deckmantel der Katastrophenhilfe nutzt die Bundeswehr das Technische Hilfswerk und andere Einrichtungen aus, um flächen-

deckend lokale Strukturen zu schaffen, die nicht nur im Kriegsfall, sondern auch bei anderen inneren Krisen und Konflikten unter Führung der Bundeswehr zum Einsatz kommen sollen. Dies stellt ein wichtiges Element der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft dar. Das betrifft ebenso die Entwicklung an den Universitäten, wo zivile Einrichtungen für militärische Forschung missbraucht werden. Auch dagegen rührt sich zunehmend Widerstand, werden Klauseln für eine rein zivile Ausrichtung der Forschung gefordert.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Im Bündnis mit anderen demokratischen, antifaschistischen und friedensliebenden Parteien und Gruppierungen wird die *erlanger linke* alle Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv bekämpfen – seien sie rassistisch, frauenfeindlich, homophob, ausländerfeindlich, antisemitisch oder antimuslimisch motiviert. Konkret bedeutet dies den Einsatz gegen die Umtriebe faschistischer Organisationen in unserer Stadt und Umgebung (z.B. im Landkreis ERH oder in Fürth). Die *erlanger linke* wird sich an der Seite kritischer Studierendengruppen gegen reaktionäre Burschenschaften und Verbindungen einsetzen. Ebenso

solidarisieren wir uns mit Flüchtlingen, die ausländerfeindlicher Hetze oder gar Angriffen ausgesetzt sind.

Die *erlanger linke* fordert

- Städteachse der Friedensbewegung: Erklärung der Stadt Erlangen gegen jede Militarisierung und für zivile und friedenspolitische Maßnahmen.
- Idee und finanzielle Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen.
- Unterstützung des Ansbacher Appells gegen den militärischen Ausbau von Katterbach (Wortlaut unter www.etzlangts.de)
- Keine Genehmigung für Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr. Keine Bundeswehr an Schulen.
- Für ein geschichtsbewusstes Stadtbild: Straßen und Plätze mit militaristischem oder faschistischem Bezug gehören umbenannt, so z.B. die Erwin-Rommel-Straße.
- Aufwertung der Städtefreundschaft mit Cumiana/Italien in eine offizielle Städtepartnerschaft.
- Verstärkung der antifaschistischen und friedenspolitischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, insbesondere an den Schulen.
- Keine Genehmigungen für

Aufmärsche aller rassistischen und faschistischen Gruppierungen.

- Unterstützung der Initiativen

an der Erlanger Universität, die sich für eine Zivilklausel einsetzen.

14. Asylrecht solidarisch gestalten – Flüchtlinge nicht ausgrenzen!

Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen die Vorwürfe, Flüchtlinge würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und aus Rumänien, die in Deutschland Schutz vor massiver Diskriminierung suchten. In einer Logik der Abschreckung werden Schutzsuchende in Deutschland einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an ihren Außengrenzen ein zivilmilitärisches Abschottungsregime, in das auch autoritäre Regime und Staaten ohne funktionierendes Asylsystem an der Peripherie der EU einbezogen werden.

Nimmt man das Erlanger Motto „Offen aus Tradition“ ernst, bedeutet dies, dass auch in unserer

Stadt Flüchtlinge Schutz und Aufnahme finden. Der Status von Asylsuchenden wird immer weiter nach unten gedrückt. Damit wird ihre Integration gezielt verhindert, Ausländerinnenhass und Fremdenfeindlichkeit werden Vorschub geleistet.

Willkommenskultur braucht Willkommensstruktur

Niemand kommt nach Erlangen, weil es ihm in seiner Heimat nicht gefällt. Keine Mutter lässt ihre Kinder zurück, um einfach mal in Deutschland zu leben. Die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, sind in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht. Sie hier gastfreundlich willkommen zu heißen, ist unsere Pflicht. Wir werden uns weiterhin für eine schnelle und möglichst reibungslose Integration aller Flüchtlinge einsetzen. Flüchtlinge mit ihren kulturellen und ethnischen Eigenarten sind für uns eine Bereicherung. Wir wollen ihre Stärken nutzen, um unser Gemeinwesen lebenswerter zu machen.

Die Kommunen tragen Verantwortung dafür, wie in ihrem Verantwortungsbereich mit Flüchtlingen umgegangen wird. Gerade hier können und müssen Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternommen werden. Die *erlanger linke* kritisiert die Zuwendungskürzungen für Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und unterstützt die Arbeit von ehrenamtlichen lokalen Asylfreundinnen/Unterstützerinnenkreisen und Nachbarschaftsinitiativen gegen die bestehende Abschiebepaxis. Der Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung.

Die *erlanger linke* fordert

- Die Ausländerbehörde muss ihren Entscheidungsspielraum nutzen, dass langjährig geduldete Menschen ein Bleiberecht erhalten, das ihren Aufenthalt langfristig absichert und Integration ermöglicht. Das schließt das Recht ein, arbeiten zu dürfen.
- Die Spielräume zur Ausgestaltung der Leistungsgewährung sind großzügig zugunsten der Schutzsuchenden auszulegen: Geldleistungen statt Sachleistungen oder Gutscheine.
- Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften wie z.B.

den „Containern“. Stattdessen dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen, keine Ghettoisierung.

- Unentgeltliche Sprachkurse und Unterstützung bei Unterricht in Volkshochschulen, Schulen und Kindergärten. Jedes Kind und jede Jugendliche muss die allgemeinbildenden Schulen und Kindergärten in den Kommunen besuchen dürfen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Jugendliche Einwanderinnen müssen ohne Diskriminierung Zugang zu Ausbildungsplätzen erhalten.
- Unterstützung von Migrantinnen sowie Flüchtlingen bei der gleichberechtigten Integration und Teilhabe in allen Bereichen des Arbeitslebens.
- Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit – die sogenannte Residenzpflicht – auf den Regierungsbezirk, muss ohne weiteren Verzug beendet werden. Die Stadt Erlangen setzt sich dafür ein, dass das menschenverachtende Gesetz zur Residenzpflicht abgeschafft wird. Die Stadt soll durch Regelgenehmigung das Recht auf Bewegungsfreiheit für Geflüchtete wieder herstellen!
- Förderung von Einrichtungen und Begegnungsstätten für Einheimische und Migrantinnen, insbesondere für Jugendliche etc.

- Finanzielle Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsbetreuungsinitiativen, z.B. EFIE (<http://www.efie-erlangen.de/>) etc.
- Alle kommunalen Möglichkei-

ten der Hilfe und Solidarität mit Flüchtlingen müssen **ausgeschöpft werden**. Einen ‚Sheriff Gnadenlos‘ darf es in Erlangen nicht wieder geben.

15. Leben statt existieren – Kultur kommt aus der Bevölkerung!

Die *erlanger linke* vertritt einen breiten Begriff von Kultur. Kultur umfasst die gesamte Arbeits- und Lebensweise. Kultureller Fortschritt bedeutet die Verbesserung von Ernährung, Kleidung, sozialer Sicherung und Wohnverhältnissen. Darüber hinaus auch weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit, Bildung, Kunst und Genuss, Reisemöglichkeiten und höhere Lebenserwartung.

In unserer Gesellschaft sind diese Verbesserungen weitestgehend nur mit Geld zu kaufen. Das heißt: gesunde Lebensweise, zufriedenstellende Wohnverhältnisse, Naturerleben, Kunstgenuss, Zeit für Familie und Freunde. Ein selbstbestimmtes Leben mit allen Möglichkeiten der Entfaltung eigener Interessen und Talente für alle sieht anders aus!

Die *erlanger linke* setzt sich dafür ein, dass in unserer Stadt ein kulturvolles Leben keine Frage von Einkommen oder Vermögen

ist und somit für alle Bürgerinnen ermöglicht wird. Dazu gehört z.B. die kostenfreie Möglichkeit moderner Kommunikationsmittel wie des Internets. In der Vergangenheit startete die *erlanger linke* hierzu Initiativen und wird dies auch in Zukunft tun.

Kultur ist keine Restgröße, die nach Belieben eine Kürzungsmasse darstellt. Vielmehr ist Kultur als wesentliches Element des Selbstverständnisses Erlangens als Großstadt zu begreifen. Kultur stiftet Solidarität und Sinn. Wichtig für die Erlanger Kultur sind neben öffentlichen Kulturprogrammen auch alternative und selbstverwaltete Einrichtungen.

Die *erlanger linke* fordert:

- Die Stadt Erlangen muss Konzepte fördern, bei denen die Menschen Kultur nicht nur als Empfängerinnen erleben können, sondern auch selbst Kultur schaffen können. Hierzu

sind die Schaffung von städtischen Kulturzentren und die Förderung selbstverwalteter Kultur- und Jugendzentren dringend nötig.

- Genügend Übungsräume, Proberäume und Ateliers für bildende Künste, Musik, Theater, Bands, Kleinkunst und vieles andere mehr.
- Sparrunden im Kulturbereich, z.B. bei Kinderland oder beim E-Werk, müssen sofort unterbleiben. Mit dem Stadttheater müssen ernsthafte Gespräche für eine ausreichende Finanzierung aus öffentlichen Mitteln stattfinden.
- In jedem Stadtteil ein Bürger- und Kulturzentrum, das in Ausstattung und Angebot den heutigen Anforderungen genügt, vor allem in den wachsenden Wohngebieten Röhthelheimpark und Büchenbach. Die Nutzung der Räumlichkeiten muss Vereinen und Bürgerinitiativen kostenlos möglich sein.
- Für den geschlossenen Kulturtreff Helmstraße wird im Stadtzentrum umgehend ein adäquater Ersatz geschaffen, der wieder allen Bürgerinnen zur Verfügung steht. Hierzu gehören ein Café-Betrieb mit Angeboten zum Selbstkostenpreis sowie kostenfreie Veranstaltungsräume.
- Die Nutzung aller kulturellen

Einrichtungen mit dem Erlangen-Pass. (siehe auch Kapitel 2: Soziale Gerechtigkeit für alle – Armut bekämpfen).

- Einführung einer Abgabe für Hotelübernachtungen (Kultureuro) zur Förderung der Erlanger Kultur – auch um die Abhängigkeit von Sponsorinnen wie Areva zu verhindern.
- Die Gängelung von Veranstaltungsmacherinnen durch die undemokratische Plakatierungsverordnung ist zu beenden! Freie Meinungsäußerung setzt kostenfreie Plätze für nicht kommerzielle Ankündigungs- und Hinweisplakate voraus.
- In einem städtischen Projekt soll der Zugang zum Internet für Menschen mit gar keinem oder geringem Einkommen verwirklicht werden. Insbesondere sollten alle Interessenten Beratung für ein eigenes E-Mail-Konto und einen Internetzugang erhalten. Dieses Projekt soll in verschiedenen Stadtteilzentren oder Schulen verwirklicht werden.
- Das einmalige historische Stadtbild Erlangens mit seinen Baudenkmalern darf nicht länger den Profitinteressen der Immobilienspekulantinnen geopfert werden. Das gilt nicht nur für die Fassaden, sondern für das gesamte Gebäude.

www.erlanger-linke.de